

Justizskandal

Im September 2007 veröffentlichte der malaysische Oppositionsführer und ehemalige Vizepremierminister Datuk Seri Anwar Ibrahim eine versteckt gefilmte Videoaufnahme von 2002, die den bekannten Rechtsanwalt V. K. Lingam dabei zeigt, wie er über sein Handy mit dem damals dritthöchsten Richter des Landes Ahmad Fairuz Sheikh Abdul Halim spricht. In diesem Gespräch geht es darum, wie der Anwalt dem Richter zu seinem jetzigen Posten verholfen hat. Außerdem wird darüber diskutiert, ihn mit Hilfe des Tycoons Vincent Tan, eines engen Verbündeten des damaligen Premierministers Mahatir, sowie Tengku Adnan Tengku Mansor, einem hohen Politiker, noch weiter zu befördern.

Von dem 14-minütigen Band wurden jedoch nur acht Minuten gezeigt, um die Identität der Person, die es heimlich im Haus des Anwalts mit seinem Handy aufgenommen hat, nicht preiszugeben. Die Aufnahme war auf zahlreichen malaysischen Internetseiten und Blogs oder auch auf YouTube zu sehen. Die Regierung drohte Anwar daraufhin mit einer strafrechtlichen Verfolgung, wenn er den Informanten, dem die Regierung Zeugenschutz, einen plastischen chirurgischen Eingriff sowie eine neue Identität gewähren wollte, nicht nennen sollte.

Das Video löste heftige Proteste bei den Juristen des Landes aus.

2.000 Anwälte liefen auf Anraten der malaysischen Anwaltskammer in einem Protestzug vom Justizpalast zum Amt des Premierministers, um von ihm die Errichtung einer Königlichen Untersuchungskommission zu fordern. Des Weiteren wurde eine von 5.000 bedeutenden malaysischen Bürgern unterzeichnete Petition dem König übergeben.

Die Regierung ernannte jedoch nur ein dreiköpfiges Forum zur Feststellung der Authentizität des Videos. Ihre Mitglieder sind der ehemalige Oberste Richter Malayas Haidar Mohd Nor, der ehemalige Berufungsrichter Mahadev Shankar sowie der inzwischen in die Politik gegangene ehemalige soziale Aktivist Lee Lam Thy.

NGOs sind der Meinung, das Forum habe zu wenig Macht und solle sich eher mit der Untersuchung der Handlungsweise der Richter befassen, die auf Empfehlung des Premierministers vom König ernannt werden.

Ahmad Fairuz, der bislang abstreitet, in die »Lingam-Tape«-Affäre verwickelt zu sein, sorgte erst kürzlich für Aufruhr, als er vorschlug, das britische Recht im malaysischen Rechtssystem abzuschaffen. Nichtmuslimische Gruppen fürchteten, eine solche Entscheidung könnte den Weg für eine Durchsetzung der Shariah auf Staatsebene bereiten.

vgl. AP 23.10.2007, Malaysiakini
5.11.2007

Regierung will Ostküste fördern

Die Regierung Malaysias möchte bis zum Jahre 2020 die hauptsächlich von ethnischen Malaien bewohnten Regionen der Ostküste in den Bereichen Landwirtschaft, Energie und Tourismus weiterentwickeln. In den kommenden zwölf Jahren sollen 34 Mrd. US\$ in die so genannte East Coast Economic Region (ECER) investiert und 560.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die ECER zieht sich von den nordöstlichen Staaten Kelantan und Terengganu über Pahang bis nach Mersing im südlichen Johor. Das Projekt wird

als Maßnahme zur Rückgewinnung von Wählerstimmen der Regierungspartei UMNO insbesondere der nördlichen Regionen, in denen die islamische Opposition sehr stark ist, angesehen.

Flughäfen, Straßen, Häfen und Telekommunikationseinrichtungen sollen ausgebaut werden; Energiedienstleister wie Petronas Gas, Dialog Group, KMN Group, Kencana Petroleum, MMC Group und Muhibbah Engineering werden von zahlreichen Projekten profitieren.

vgl.: AFP 29.10.2007

Erster malaysischer Astronaut im Weltall

Am 10. Oktober 2007 startete der erste Astronaut Malaysias, Sheikh Muszaphar Shukor, von Kasachstan aus zur Internationalen Raumstation ISS.

Der 35-jährige Arzt aus Kuala Lumpur wurde aus Tausenden von Bewerbern ausgewählt. Nachdem er über ein Jahr im Ausbildungszentrum der russischen Kosmonauten in der Nähe von Moskau ausgebildet worden war, wurde er zu seinem elftägigen Einsatz im Weltall geschickt, bei dem er wissenschaftliche Experimente unter anderem mit Krebszellen durchführte. Muszaphar landete gemeinsam mit zwei russischen Kosmonauten am 21. Oktober im Raumschiff »Sojus TMA-11« sicher in der kasachischen Steppe. Seine Mission fiel mit den letzten Tagen des Ramadan zusammen und so war für den praktizierenden Muslim ein besonderer Verhaltenskodex ausgearbeitet worden, der es ihm beispielsweise ermöglichte, die Anzahl der Gebete in der Raumstation, die 16 Mal täglich um die Erde kreist, zu reduzieren. Der Einsatz des malaysischen Kosmonauten erfolgte im Rahmen eines Milliarden-Geschäfts über den Erwerb von 18 russischen Sukhoi-30-MKM-Jagdjets. Vizepremierminister Najib Razak sprach von einem historischen Moment und erwähnte, dass die malaysische Regierung bis Ende 2009 entscheiden werde, ob sie das Angebot von Seiten der russischen Raumfahrtagentur annehme, einen weiteren Malaysier Ende 2010 oder Anfang 2011 zur ISS zu entsenden. Das Ereignis wurde von der gesamten Nation mitverfolgt. Muszaphar hofft, als »malaysischer Gagarin« sein Volk, insbesondere die jüngere Generation, zu inspirieren.

vgl. Tagesschau 21.10.2007; AFP
24.10.2007

nachrichten

Forderung nach Wahlreformen

Am 10. November 2007 wurde eine von *Bersih*, einer Koalition aus Oppositionsparteien und NGOs, organisierte Demonstration in Kuala Lumpur mit Tränengas und Wasserwerfern von der Polizei aufgelöst. Die Oppositionsführer, Lim Kit Siang von der *Democratic Action Party* (DAP), Datuk Seri Abdul Hadi Awang, Präsident der *Parti Islam SeMalaysia* (PAS), sowie Datuk Seri Anwar Ibrahim, Berater der *Parti Keadilan Rakyat*, übergaben dem Königshaus eine Petition, in der Reformen des Wahlsystems gefordert wurden.

Die dringlichsten Forderungen waren die Verwendung von dokumentenfester Tinte, eine Überprüfung der Wahlregister, die Abschaffung der Briefwahl sowie ein gerechter Zugang zu den Medien. Mit 40.000 Demonstranten war es die größte öffentliche Protestaktion der letzten zehn Jahre. Die Polizei, die eine Genehmigung der Demonstration verweigert hatte, rechtfertigte ihre Vorgehensweise mit dem Argument, die Versammlung sei illegal gewesen, während die Oppositionsführer auf ihr Recht auf friedliche Versammlung pochten. Bei einer Protestaktion, die *Bersih* zuvor am 8. September 2007 im Bundesstaat Terengganu organisiert hatte, wurden durch das harte Eingreifen der Polizei zwei Menschen verletzt und die Brutalität, die von der Polizei ausging, heftig kritisiert.

vgl. *Asia Times* 20.9., 7.11.2007; *NST* 12.11.2007

Mahatir entlassen

Der ehemalige Premierminister Mahatir Mohamad wurde am 21. Oktober 2007, sieben Wochen nach seiner zweiten Bypassoperation am Herzen, aus dem National Heart Institute, Kuala Lumpur, entlassen, in dem er lange Zeit auf der Intensivstation verbracht hatte.

Der 82-jährige, der 1989 nach einem Herzinfarkt seine erste Bypassoperation gehabt hatte, erlitt im vergangenen Jahr zwei weitere Herzinfarkte. Dadurch sah er sich

gezwungen, seine Einmannkampagne gegen Premierminister Abdullah Ahmad Badawi, den er selbst bei seinem Eintritt in den Ruhestand nach 22 Jahren Regierungszeit als Nachfolger auserkoren hatte, einzustellen. Mahatir hatte Abdullah des Nepotismus sowie einer schlechten Verwaltung der Wirtschaft beschuldigt. Abdullah weist diese Vorwürfe jedoch zurück.

vgl. AFP 21.10.2007, AP 21.10.2007

Landbesetzung

Als das nationale Wasserkraftprojekt Bakun in Sarawak in den 1990er Jahren begonnen wurde, wurden die 10.000 Mitglieder der Gemeinde umgesiedelt. Die Landflächen, die ihnen als Kompensation bereitgestellt wurden, sind teilweise nicht geeignet für die Landwirtschaft oder nicht zugänglich, weil die versprochenen Straßen noch auf sich warten lassen. Die vertriebenen Bauern besetzten schließlich illegal 400 Hektar Land, worauf die Regierung nun mit der Zerstörung ihrer Häuser und Ernte droht.

Am 26. Oktober 2007 hielt die Gemeinde eine Diskussion bezüglich der Ankündigung ihrer Ver-

treibung von dem besetzten Land ab, zu der wichtige Dienststellen der Regierung eingeladen worden waren, deren Repräsentanten jedoch nicht erschienen. Man will jedoch weiterhin darum kämpfen, das besetzte Land behalten zu dürfen.

Die Gemeindemitglieder, die den Bau des Damms im Grunde unterstützen, weil es ein nationales Projekt ist, aber auch, weil ihnen viele Dinge als Entschädigung geboten worden waren, hatten hohe Erwartungen, doch viele der Versprechen wurden nicht eingehalten.

vgl. *Malaysiakini* 5.11.2007

Ökotourismusverband

Im Rahmen der Asia-Pacific Eco-tourism Conference Ende Oktober 2007 wurde von den malaysischen Reiseveranstaltern beschlossen, einen Ökotourismusverband ins Leben zu rufen. Trotz seiner reichhaltigen und schönen Natur ist Malaysia bislang der einzige Staat in der Region, in dem es noch keinen solchen Verband gibt. Man wirbt zwar viel für touristisch erschlossene ökologische Gebiete, doch es gab bisher noch keine NGO, die deren Nachhaltigkeit beaufsichtigte. Wenn es um die Tourismusentwicklung geht, wird die

betroffene Bevölkerung beispielsweise häufig nicht gefragt, dies gilt auch für den so genannten Ökotourismus. Die Reiseveranstalter stehen in enger Verbindung mit der Regierung und der Industrie. Im Bezug auf eine solche NGO ist daher fraglich, inwieweit man von Nachhaltigkeit sprechen kann, wenn es doch keine Seltenheit ist, dass im Namen des Ökotourismus Menschenrechtsverletzungen begangen werden.

vgl. *NST* 29.10.2007, www.fairunterwegs.org